BAURUNDBLICK

Oktober | 2026

Thema des Monats

Fachveranstaltung „Bauen für die Seehäfen“

„Aus unserer Sicht braucht es für die Seehäfen einen Masterplan für mindestens fünf Jahre, damit die Unternehmen ihre Kapazitäten darauf ausrichten können.“

So hat es Jürgen Oyen, Präsident des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen, Ende Oktober bei der Fachveranstaltung „Bauen für die Seehäfen“ in Bremerhaven gesagt. Zusammen mit dem Baugewerbe-Verband und dem Verband Baugewerblicher Unternehmer im Lande Bremen wurde in das Auswandererhaus eingeladen.

Bremens Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation, Kristina Vogt, sieht bei der Finanzierung den Bund stärker in der Pflicht. Der Hafenlastenausgleich liege seit über 20 Jahren unverändert bei 38,5 Millionen Euro für alle fünf Küstenländer – nötig wären nach Bremer Berechnung mindestens 500 Millionen Euro. „Die Finanzierungsverantwortung des Bundes gehört in den Kern der nationalen Hafenstrategie.“ Wie das gelingen könnte, skizzierte der frühere Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann.

Oberst Thomas Geßner, Kommandeur des Landeskommandos Bremen, ordnete die sicherheitspolitische Lage ein. Die Häfen sollen zivil wie militärisch nutzbar sein: „Dual Use muss zünden – es muss funktionieren.“ An die Unternehmen gerichtet sagte er: „Die Zeit rennt. Fordern Sie jetzt alles, was Sie brauchen.“

Jörn P. Makko, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen, wies auf die Bedeutung des Themas hin: „Unsere Seehäfen werden für etwas gehalten, wo man fünf Wohnmobil-Stellplätze errichtet oder einen Badesteg mit Anlegemöglichkeit für Tretboote. Aber so ist es nicht. Es geht um den Umschlag von Waren, die Energiewende, die Verteidigungsfähigkeit. Die Seehäfen sind eine nationale Aufgabe.“



Bildnachweis: Tommy Döscher

INHALTSVERZEICHNIS

1 Thema des Monats
Fachveranstaltung „Bauen für die Seehäfen“

2 Kommentar
4. Niedersächsischer Straßenbautag in Oldenburg
Der Anfang ist gemacht – mehr aber auch nicht

3 Forum Nord
Im Gespräch mit Dipl.-Ing. Jürgen Oyen, Präsident des Bauindustrieverbandes NIedersachsen-Bremen

4 Forum Nord
Im Gespräch mit Dipl.-Ing. Jürgen Oyen, Fortsetzung
4. Niedersächsischer Straßenbautag in Oldenburg Fortsetzung

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

4. Niedersächsischer Straßenbautag in Oldenburg

Gemeinsam Straßen bauen

Marode Verkehrsnetze, Klimawandel, knappe kommunale Finanzen und gleichzeitig steigende Anforderungen an den Infrastrukturausbau – der Straßenbau steht vor historischen Herausforderungen. Unter dem Motto „Gemeinsam Straßen bauen" kamen Mitte September Expertinnen und Experten aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Bauwirtschaft im Oldenburger Innovationscenter CO/RE zusammen.

Baugewerbe, Bauindustrie, Politik und Planer müssen an einem Strang ziehen, damit die Modernisierung und der Ausbau der Infrastruktur in Niedersachsen gelingen können. Dass der Niedersächsische Straßenbautag bereits zum vierten Mal stattfindet, unterstreicht den Schulterschluss der Branche: Den Beteiligten ist klar, dass sich die gewaltigen Zukunftsaufgaben nur gemeinsam bewältigen lassen.

Der 4. Niedersächsische Straßenbautag beleuchtete konkrete Lösungsansätze für eine zukunftsfähige und partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Akteure. Die Landesfachgruppe Straßen- und Tiefbau des Baugewerbe-Verbandes Niedersachsen und die Landesfachabteilung Straßenbau des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen richteten das Event in enger Kooperation aus.

weiter auf Seite 4



Der Anfang ist gemacht – mehr aber auch nicht

Weniger Bürokratie ist kein Selbstzweck, sondern eine entscheidende Voraussetzung für mehr wirtschaftliche Dynamik. Deshalb ist es ausdrücklich zu begrüßen, dass Niedersachsen überflüssige Berichts- und Dokumentationspflichten abschaffen will. Im ersten Schritt sollen 272 Vorschriften wegfallen oder angepasst werden. Das ist ein positives Signal – das Land ist also grundsätzlich bereit, bestehende Regeln infrage zu stellen und unnötige Belastungen zu beseitigen. 272 klingt jedoch bescheiden, wenn 3000 solcher Pflichten die zu prüfende Basis bilden.

Die Unternehmen müssen von überbordender Bürokratie befreit werden, damit sie wieder mehr Zeit und Geld in ihr Kerngeschäft, neue Technologien und zusätzliche Arbeitsplätze investieren können. Hier ist noch viel Potenzial vorhanden. Der Abbau von Bürokratie darf sich nicht auf einzelne überholte, teil absurd anmutende Regeln beschränken. Gebraucht wird vielmehr eine grundlegende Überprüfung staatlicher Vorgaben – vom aufwendigen Berichtswesen über komplizierte Nachweispflichten bis hin zu langwierigen Genehmigungsverfahren. Auch Vorschriften auf Bundes- und EU-Ebene müssen dabei in den Fokus rücken. Erfreulicherweise gibt Niedersachsen auch in diese Richtung einen wertvollen Impuls.

Doch erst wenn Investitionshemmnisse konsequent beseitigt, Verfahren beschleunigt und digitale Lösungen selbstverständlich werden, ist ein wirksamer Beitrag geleistet und eine nachhaltige Perspektive geschaffen. Die Landesregierung hat den Anfang gemacht – eine konsequente Reform muss die Folge sein.

Im Gespräch mit Dipl.-Ing. Jürgen Oyen, Präsident des Bauindustrieverbandes NIedersachsen-Bremen



Dipl.-Ing. Jürgen Oyen, Präsident des Bauindustrieverbandes NIedersachsen-Bremen

© Fotograf Julian Martitz

Herr Oyen, welches Potential zur Beschleunigung von Bauvorhaben sehen Sie beim Thema Bürokratieabbau?

Das Potential ist riesig. Hier kann man vor Ort in Niedersachsen und Bremen ohne übermäßigen Aufwand viel erreichen, indem man die Hürden, die sich den Bauunternehmen in der täglichen Praxis stellen, abbaut. Hier geht es zum Beispiel um verkehrsrechtliche Genehmigungen, die teils sehr aufwendig geregelt sind, obwohl es sich um Standardvorgänge handelt, oder um Umweltauflagen. Man sollte, wo es eben geht, von Genehmigungsverfahren auf Anzeigeverfahren umstellen oder Genehmigungsfiktionen einführen. Hierbei gelten dann die Anträge als genehmigt, wenn sie nicht binnen einer kurzen, aber angemessenen Frist, bearbeitet werden. Wir begrüßen Initiativen in Niedersachsen und Bremen zum Bürokratieabbau. Nur müssen alle Marktteilnehmer in diese Prozesse einbezogen werden, damit auch etwas Gutes dabei herauskommt.

In letzter Zeit mehren sich vor allen Dingen aus dem Bereich der Kommunen die Stimmen, die eine grundlegende Abkehr vom Vergaberecht fordern, das als bürokratisch und investitionshemmend bezeichnet wird. Das Land Niedersachsen wird die Wertgrenzen für die Zulässigkeit von Direktvergaben bzw. Freihändigen Vergaben bei Bauleistungen auf 100.000 bzw. 1.000.000 Euro erhöhen. Die CDU fordert gar mit einem eigenen Gesetzesentwurf die Aufhebung der Bindung der Kommunen an die VOB/A nach dem Beispiel des Bundeslandes NRW. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Zunächst einmal ist es durchaus zuzugestehen, dass viele Kommunen tatsächlich erhebliche Probleme mit dem Vergaberecht haben. Dies hat aus unserer Sicht vor allem zwei Ursachen.

Zum einen ist der Anwendungsbereich des Vergaberechts in den letzten Jahrzehnten im ungeheuren Maße ausgedehnt worden, so dass jetzt auch Leistungen, wie z.B. Schülerbeförderung, Schulessen, Reinigungs- und Bewachungsleistungen, unter der Beachtung des Vergaberechts vergeben werden müssen. Zum anderen hat sich der Umfang, der bei einer Vergabe von Bauleistungen und Leistungen zu beachtenden Vergabevorschriften in den letzten Jahrzehnten geradezu explosionsartig entwickelt. Während früher nur die VOB/A und VOL/A existierten, gibt es jetzt eine kaum mehr überschaubare Flut von vergaberechtlichen Vorschriften auf Bundes- und Landesebene. Eine Verkomplizierung des Vergaberechts ist zudem durch die Überfrachtung mit Kriterien erfolgt, die früher als „vergabefremd" eingestuft wurden. Hierzu zählen in erster Linie soziale und ökologische Anforderungen, die in vielen Fällen mit den vergaberechtlichen Kriterien der Transparenz und des Diskriminierungsverbots nicht in Einklang zu bringen sind.

Diese vergaberechtlichen Grundsätze müssen aber auch in Zukunft uneingeschränkt gewahrt bleiben, damit der Hauptzweck des Vergaberechts, nämlich die sparsame und wirtschaftliche Verwendung von Steuermitteln bei der Beschaffung erhalten bleibt.

Der Wohnungsbau befindet sich weiterhin in einer schwierigen Lage. Was erwarten Sie von der Politik, um den Wohnungsmarkt wieder in Schwung zu bringen?

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum gehört zu den größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Die Politik muss deshalb ein Gesamtpaket schnüren. Dazu gehören verlässliche Förderprogramme, weniger regulatorische Anforderungen und eine Senkung der Baukosten. Darüber hinaus benötigen wir baurechtliche Erleichterungen wie den Bauturbo, damit neue Wohnquartiere schneller entstehen können. Wenn Planungsrecht, Genehmigungsverfahren und Förderinstrumente besser ineinandergreifen, kann die Bauwirtschaft einen entscheidenden Beitrag leisten. Unser Ziel muss sein, bezahlbaren Wohnraum in ausreichender Zahl zu schaffen und gleichzeitig die Investitionsbereitschaft von Bauherren und Unternehmen zu stärken.

Gibt es noch Hoffnung für die Bremer Infrastruktur?

Ja, es gibt noch Hoffnung für die Bremer Infrastruktur – allerdings muss jetzt deutlich mehr passieren.

Bremen steht bei Brücken, Straßen, Schienen und öffentlichem Nahverkehr vor großen Herausforderungen. Viele Bauwerke sind in die Jahre gekommen, wichtige Verkehrswege sind überlastet und notwendige Sanierungen dauern häufig zu lange. Gleichzeitig wächst der Bedarf an einer zuverlässigen Infrastruktur.

weiter auf Seite 4

Forum Nord

Fortsetzung von Seite 3

Trotzdem ist die Situation auch eine Chance. Bremen hat die Möglichkeit, gezielt in die Sanierung und Modernisierung zu investieren. Besonders wichtig sind klare Prioritäten, marode Brücken und Straßen müssen schneller saniert, der öffentliche Nahverkehr ausgebaut und Rad- und Fußwege besser miteinander verbunden werden. Auch eine bessere Abstimmung zwischen Stadt, Land und Bund könnte viele Projekte beschleunigen. Es muss allerdings auch der politische Willen vorhanden sein, die Probleme konsequent anzugehen. Wenn Investitionen langfristig gesichert, Projekte effizienter umgesetzt und Entscheidungen schneller getroffen werden, kann Bremen seine Infrastruktur Schritt für Schritt modernisieren.

Kurz gesagt: Ja, es gibt Hoffnung. Aber aus Hoffnung muss endlich konkretes Handeln werden.

Hochkarätige Expertise und Impulse aus der Praxis

Fortsetzung von Seite 2

Die zweitägige Fachtagung bot ein vielseitiges Programm zu den drängendsten Fragen der Branche. Zur Eröffnung sprachen Dipl.-Ing. Lars Keller (Vorsitzender der Landesfachabteilung Straßenbau, Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen) sowie Dipl.-Ing. & Architekt Jens-Peter Zuther (Vorsitzender der Landesfachgruppe Straßenbau, Baugewerbe-Verband Niedersachsen) und Oldenburgs Leiter des Amtes für Verkehr und Straßenbau, Herr Dipl.-Bauing. Thomas Mehrtens. Am zweiten Tag übernahm Wirtschafts-Ing. Phillip Benckendorf (Vizepräsident Baugewerbe-Verband Niedersachsen) die Eröffnung und Begrüßung.

Matthias Wunderling-Weilbier (Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung) sprach zur Rolle von Sondervermögen und strategischen Partnerschaften für ein starkes Niedersachsen. Christian Frölich, Mitglied des Niedersächsischen Landtages, gab eine Einordnung zu den kommunalen Finanzen.

Timo Quander (Präsident der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr) berichtete aus der Praxis der Charta für eine partnerschaftliche und effektive Zusammenarbeit im Straßenbau in Niedersachsen.

Weitere Beiträge befassten sich mit integrierten Projektabwicklungen (IPA) sowie einer effizienten Auftragsvergabe, innovativen Flüssigboden-Technologien auf schwierigen Untergründen oder Ergebnissen zu Verkehrsführungen bei der Grunderneuerung der A29.



Von links: Phillip Benckendorf, Matthias Wächter, Matthias Wunderling-Weilbier, Jörn Makko, Jens-Peter Zuther, Lars Keller

IMPRESSUM

Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen e. V.
Eichstraße 19 | 30161 Hannover
T +49 511 34834-0 | E info@bauindustrie-nord.de

Verantwortlich: Jan Hetebrügge
Nachdruck, auch auszugsweise gestattet.
Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.